

„Macher“, das Ordinariat wolle dagegen in vielen Bereichen stärker „beziehungsorientiert und durchdacht“ agieren. Die Studie sieht hierin auch eine Ursache für unterschiedliche Erwartungen und Enttäuschungen, möglicherweise auch für die unterschiedliche Sprache: „Das Ordinariat erkennt die praxisnahen, umsetzungsorientierten Wünsche aus den Pfarreien und glaubt mit besser durchdachten Systemen der Schwierigkeiten Herr werden zu können“. Die Verwaltung könne dagegen bei zunehmenden Budget-Restriktionen immer weniger der „starke Bruder sein“, der „die Probleme ‚schon‘ lösen wird“.

### Ein „Kernproblem“: die Polarisierung der Mitarbeiter

Als ein „strategisches Kernproblem“ weist die Studie auf die „Polarisierung der Mitarbeiter“ hin – bis hinein in die kirchliche Verwaltung und das Ordinariat. Die Vertrauensbasis, die die Erzdiözese für die weitere Entwicklung brauche, sei gestört: „Nur eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Strukturen in zentraler Verwaltung und den Pfarreien kann Probleme unbürokratisch und effizient lösen.“

Daß Fragen nach der „Vision“ von Kirche im unternehmensberaterischen Sinne, nach Motivation und Kundennähe bis heute noch ungewohnt sind, daß Mißverständnisse nur allzu leicht den Zugang zu einer solchen Betrachtungsweise verstellen können, bewiesen bereits erste Reaktionen auf die Studie innerhalb der Erzdiözese München-Freising selbst. Wenn der Erzbischof, Kardinal *Friedrich Wetter*, wenige Tage nach der Veröffentlichung der Studie in einer Predigt betonte, kirchlicherseits brauche man „keine Leitbilder für unser Tun zu erfinden. Jesus Christus ist uns als Leitbild vorgegeben“; wenn er sich gegen die Ansicht verwahrte, Priester seien „demotiviert“ bzw. stünden nicht mehr oder nur noch mit halbem Herzen hinter ihrer Aufgabe, dann lag es nahe, dies als Distanzierung von einzelnen Befunden der Studie zu lesen.

Ob mit solchen, auf den ersten Blick durchaus verständlichen Bemerkungen die Aussagen der Studie im einzelnen überhaupt getroffen werden, ist eine andere Frage. Die Äußerungen von Kardinal Wetter zeigen, wie sehr man kirchlicherseits noch am Anfang steht beim Umgang mit Hilfsmitteln wie solchen Strukturanalysen.

In dem Zusammenhang stellen sich methodisch einige Fragen. So sehr sich

Untersuchungen dieser Art auch von inhaltlichen Fragen bewußt fernhalten, letztlich umgehen können sie diese Ebene kaum. Wie aber verhalten sich diese beiden Ebenen zueinander? Wie lassen sich im übrigen strukturelle, weil theologisch begründete Entwicklungshemmnisse von organisations-technisch behebbaren trennen bzw. unterscheiden? In welchem Verhältnis stehen schließlich methodisch bedeutsame Begriffe und damit Konzepte wie „Kunde“, „Unternehmen“, „Markt“ zu theologisch bzw. ekklesiologisch begründeten Grundbegriffen wie „Getaufte“, „Kirche als Gemeinschaft“, „Dienstamt“ u. a.?

Die Erzdiözese München ist mit dem Auftrag an die Studiengruppe einen Schritt gegangen, den nach ihr auch noch andere gehen werden. Wer sich in dieser Weise als einer der ersten einer kritischen Beurteilung aussetzt, geht ein erhebliches Wagnis ein. Er gewährt auf ungewohnte Weise Einblick in eigene Schwachstellen und Defizite. Von daher sollte nicht der negative Befund das Bild dieses Vorgangs prägen, sondern die zu begrüßende Bereitschaft, sich einer Problemlage zu stellen. Denn eines ist nicht anzunehmen: daß die zu Tage geförderten Probleme nur in einem Bistum anzutreffen sind. K. N.

## Eine bewegte Szene

### Politische und kirchliche Entwicklungen in Österreich

*Unter dem neuen Bundeskanzler Viktor Klima hat sich die politische Stimmung in Österreich grundlegend verändert. Die oppositionelle FPÖ mit ihrem Parteichef Jörg Haider streckt ihre Fühler in das katholische Lager aus. Gleichzeitig gibt es Anzeichen für eine Stabilisierung der kirchlichen Lage nach Jahren der Turbulenzen.*

Nach dem plötzlichen Rücktritt von Bundeskanzler *Franz Vranitzky* und der reibungslos inszenierten Übernahme der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Parteiführung durch den bisherigen Finanzminister *Viktor Klima* hat sich die politische Atmosphäre in Österreich in erstaunlichem Ausmaß grundlegend geändert. Mit Klima ist in Wien ein realistischer „Macher“ an die Stelle des eher distanzierten und häufig zau-

dernden Bankiers *Vranitzky* getreten. Auf Anhieb erreichte der neue Bundeskanzler in den ersten Wochen seiner Amtszeit Spitzenwerte in den Meinungsumfragen, und der seit Jahren andauernde Abbröckelungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei scheint wenigstens fürs erste gestoppt zu sein.

Die auffälligste Änderung durch die Person des neuen Kanzlers betrifft die „große Koalition“ von SPÖ und ÖVP, die sich

in den vergangenen Jahren durch permanente Vertrauenskrisen und spektakuläre Konflikte immer wieder selbst blockierte, und auf diese Weise dem FPÖ-Oppositionsführer *Jörg Haider* viel Wasser auf dessen Mühlen leitete. Viktor Klima war vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an bemüht, mit dieser unheilvollen Tradition zu brechen, und eine solide Gesprächsbasis mit Vizekanzler *Wolfgang Schüssel* und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) herzustellen. Allzu lang hinausgezögerte Beschlüsse wurden plötzlich im Nu gefaßt.

---

## Ein Pokerspieler von hohen Gnaden

---

Dabei zeigt sich freilich ein doppeltes Gesicht des neuen Kanzlers, dem jetzt schon eine „zähnefletschende Herzlichkeit“ nachgesagt wird, und der offensichtlich ein Pokerspieler von hohen Gnaden ist. Denn noch vor wenigen Monaten warf Klima als Finanzminister die ÖVP in einem beispiellosen Überraschungs-Coup aus den Führungsetagen der traditionell „schwarzen“ Creditanstalt hinaus und gliederte diese Großbank ohne Rücksicht auf wütende Proteste der traditionell „roten“ Bank Austria ein. Dieser politische Umsturz bedeutete ein Erdbeben in der Wirtschaft der Alpenrepublik, die infolge des überaus großen verstaatlichten Sektors in der Vergangenheit in hohem Ausmaß unter der Fuchtel der beiden großen staatlichen Banken steht. Ihre Privatisierung jetzt so durchzuführen, daß künftig *beide* Bankinstitute einem starken sozialdemokratischen Einfluß unterliegen – das ist ein Kunststück, das sich noch vor kurzem niemand vorstellen konnte.

So verwundert es nicht, daß die ÖVP nach diesem Putsch in der Bankenszene vor Wut schäumte. Dann aber wurde wenig später Viktor Klima Bundeskanzler, und ihm gelang es binnen kürzester Zeit, die ÖVP für eine „Entente Cordiale“ mit der SPÖ zu gewinnen, wie sie in dieser Eintracht schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr gelungen ist. In der Tat gibt es zur Zeit keine Entscheidung der Koalition, die nicht zuvor ausgiebig mit dem Koalitionspartner durchgesprochen wird, und vor jedem Ministerrat treffen sich roter Kanzler und schwarzer Vizekanzler zu einem vertraulichen gemeinsamen Frühstück unter vier Augen, ein tête-à-tête, wie es selbst in der langen österreichischen Koalitionsgeschichte noch nie verzeichnet worden ist.

Wie lang dieser „Kuschelkurs“ in Österreich andauern wird, steht freilich in den Sternen. Denn die Meinungsumfragen der vergangenen Wochen zeigen bereits, daß die ÖVP unter dieser intensiven Zusammenarbeit der beiden Koalitionsparteien am stärksten leidet: Bei einer Wahl am nächsten Sonntag würden die Sozialdemokraten unter Klima mit 37 Prozent der Stimmen unangefochten und mit großem Abstand den ersten Platz erreichen, die Freiheitlichen unter *Jörg Haider* lägen bei 26 Prozent, und erst dahinter findet sich die ÖVP unter *Wolfgang Schüssel* auf Platz 3 mit 23 Prozent. Das ist eine Katastrophe für die einstige österreichische Staatspartei unter *Leopold Figl* und *Julius Raab*.

Aber auch die kleineren Oppositionsparteien, die Grünen und die Liberalen, trifft der neue Kurs der Sozialdemokraten ins Mark: Sie stagnieren nach allen Meinungsforschungsumfragen oder bröckeln ab, nur die Freiheitlichen nehmen weiterhin langsam zu.

Von Anfang an wurde Viktor Klima die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Richtungsänderung gegenüber der FPÖ *Haider* zugeschrieben. Mit Spannung wird daher von der gesamten Öffentlichkeit jede Bewegung auf diesem sensiblen Kampffeld beobachtet und kommentiert. Jahrelang war *Franz Vranitzky* der unbeugsame Verfechter eines strikten Ausgrenzungskurses gegen *Haider*. Klima stellte hingegen als neuer Kanzler fest, man könne eine Million freiheitlicher Wähler nicht einfach ausgrenzen. Von ihm wurde daher ein elastischeres Vorgehen gegenüber der FPÖ erwartet, doch ist er bald vom entschiedenen Widerstand in den eigenen Reihen gebremst worden. Vor allem die linken Gruppen innerhalb der mächtigen sozialdemokratischen Parteiorganisation fordern mit zunehmender Schärfe eine „sozialdemokratischere Politik“. Diese allein, so meinen sie, sei in der Lage, die Terraingewinne der populistischen Politik *Haider*s unter den Arbeitern künftig besser abzublocken. Denn für die SPÖ ist es naturgemäß ein Alarmzeichen, daß bei den letzten Wahlen mehr Arbeiter für *Haider* als für die SPÖ votiert haben. Die Auseinandersetzung Klima – *Haider* wird daher in hohem Maß die österreichische Innenpolitik in den nächsten Monaten bestimmen, wobei jedem der beiden Kontrahenten unerwartete Kniffe und Kehrtwendungen zuzutrauen sind.

*Jörg Haider* lieferte seit seiner stürmischen Wahl zum freiheitlichen Parteiobmann im Jahr 1986 zahllose Beispiele seiner nahezu unbegrenzten Wendigkeit, mit der er den Stimmenanteil seiner Partei von 5 auf nahezu 25 Prozent auf der Bundesebene hinaufgetrieben hat. Aus einer Partei mit einem traditionell starken deutsch-nationalen Kern formte er eine politische Gruppe, die in erster Linie für die sozial Schwachen eintrat und gegen die Privilegien der Politiker kämpfte, im gleichen Atemzug sich jedoch für die Tüchtigen und Fleißigen im Lande einsetzte und eine strikte Anti-Ausländerpolitik betrieb. *Haider* schwor aber auch jeder „Deutschtümelei“ ab, er forderte gleichzeitig den Beitritt Österreichs zur NATO, während er vor der EU-Volksabstimmung in Österreich in demagogischer Weise gegen „die in Brüssel“ herzog und den EU-Beitritt madig machte.

---

## Ein „Hauch von Weihrauch“ aus der FPÖ

---

Jetzt hat *Haider* an einem ganz anderen Frontabschnitt eine neue, unerwartete Wendung um 180 Grad vorgenommen. Er eröffnete die innerparteiliche Diskussion um ein neues Parteiprogramm der FPÖ, das im Spätherbst beschlossen werden soll, mit einem Bekenntnis zur Abkehr von der bisherigen „laizistischen und antiklerikalen Linie“ seiner Partei. Das Selbstverständnis der freiheitlichen Partei Österreichs soll künftig „christlich-sozial-demokratisch“ bestimmt sein.

Dieses ausgeklügelte Wortspiel, das die Symbolbegriffe des alten, traditionellen-sozialdemokratischen und des christlichsozialen Lagers zusammenfaßt, signalisiert, welchen Wählerreservoirien sich die FPÖ in Hinkunft verstärkt zuwenden möchte.

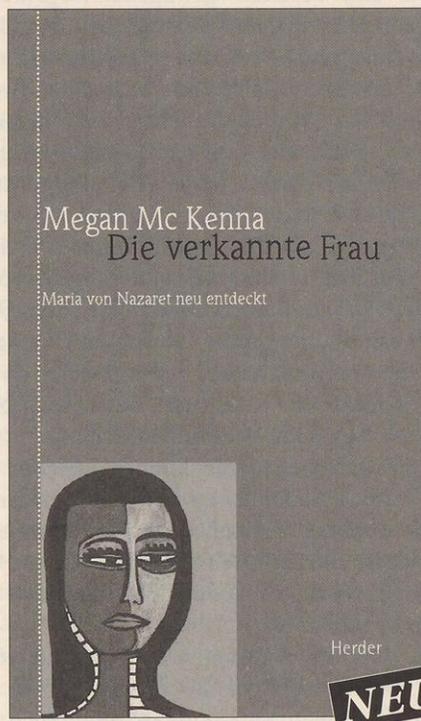
Als den zentralen programmatischen Satz aus dem Entwurf des neuen FP-Parteiprogramms zitierte der geschäftsführende FP-Klubobmann *Ewald Stadler*: „Die Wahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes fordert ein wahrhaftes Christentum.“ Was das Wort „wahrhaft“ in diesem Zusammenhang bedeuten soll, ist aus der bisherigen Debatte nicht klar geworden. Stadler versäumte aber nicht darauf hinzuweisen, daß im Parteiprogramm der ÖVP das Wort „christlich“ überhaupt nicht mehr vorkomme. Dies läßt die taktische Dimension dieser Formulierung gut erkennen. Stadler fügte hinzu, die Begriffe „sozial und demokratisch“ seien im Hinblick auf die SPÖ nicht zufällig gewählt. Nach Ansicht der FPÖ gehe es in Richtung einer Gestaltung des Wirtschaftslebens, das „stärker auf den Arbeitnehmer Rücksicht nimmt. Es soll eine soziale und demokratische Marktordnung sein“.

Mit den beiden Eckpfeilern „christlich“ und „sozial-demokratisch“ will die FPÖ nach den Angaben von Stadler zeigen, daß „wir die Partei sind, die an Österreich denkt und Österreich nach wie vor im Auge hat – gerade vor dem Hintergrund der multinationalen Zusammenschlüsse. Das in den früheren Programmen vorhandene Bekenntnis der FPÖ zu einem EWG- oder EG-Beitritt Österreichs wird in dem neuen Programm gestrichen. Stadler interpretiert den früheren Standpunkt seiner Partei in dieser Frage als „Antithese zum damals drohenden Kommunismus“. Inzwischen habe sich die Situation völlig geändert. Die FPÖ werde in ihrem neuen Programm für ein Europa der „unterschiedlichen Verdichtungen“ eintreten. Somit ist wohl auch in den kommenden Jahren keine klare Position der FPÖ zur Europäischen Union zu erwarten.

Der „Hauch von Weihrauch“, der jetzt ausgerechnet von der traditionell freisinnigen FPÖ ausgeht, hat in Österreich zahllose Stellungnahmen, Polemiken und öffentliche Auseinandersetzungen provoziert. Auffällig ist dabei, daß sich Parteiboss Haider vorerst kaum selbst in diese Debatte eingemischt hat. Offenbar weiß er, daß die Thesen für das neue Parteiprogramm innerhalb seiner Partei keineswegs nur auf Wohlgefallen stoßen. *Erwin Hirschall*, FPÖ-Gründer und langjähriger Obmann der Wiener FPÖ, erklärte bereits öffentlich, den FP-Funktionären, unter denen es einen gewichtigen Anteil von Akademikern gibt, werde man nur schwer erklären können, warum die FPÖ „nun christlichsozial werden soll“. FP-Klubobmann Stadler kritisierte Hirschall mit der Bemerkung, der übertriebene Eifer, mit dem er dieses Thema behandle, erweise der Partei keinen guten Dienst: „Er erinnert mich an die eifernden Jesuiten aus den Zeiten der Gegenreformation.“

Diese Bemerkung knüpft wohl bewußt an die Wurzeln des Antiklerikalismus in Österreich an, die bis in die Zeit der

## Maria von Nazaret neu entdeckt



176 Seiten, Paperback,  
DM 29,80 /öS 218,- /SFr 28,-  
ISBN 3-451-26034-4

Megan McKenna gelingt es, Maria lebendig und lebensnah neu zu entdecken. In zwölf Kapiteln nimmt die Autorin die Leser mit auf den Weg der Maria von Haus und Herd in Nazaret bis unter das Kreuz auf Golgotha und darüber hinaus. So wird die Geschichte Marias von der Verkündigung des Engels, dem Besuch bei Elisabeth, die Geburt Jesu, der Flucht nach Ägypten, der Darstellung Jesu im Tempel, der Hochzeit von Kana bis zur Auferstehung ihres Sohnes neu erzählt. Immer gelingt es der Autorin, nicht nur die christliche Tradition der Lebenssituationen Mariens neu zur Sprache zu bringen, sondern vielmehr und darüber hinaus Maria selbst in eindrücklichen und prägnanten Bildern neu zu zeichnen.

*In jeder Buchhandlung!*

**HERDER**

Reformation zurückreichen, als sich große Teile der Bevölkerung der Lehre Luthers zuwandten, aber durch die von Habsburgern und Jesuiten getragene Gegenreformation wieder „katholisiert“ wurden. Die daraus entstandenen antikatholischen und antiösterreichischen Ressentiments endeten sich Ende des 19. Jahrhunderts in einem wüsten Antiklerikalismus, wie er durch das Hitler-Vorbild *Georg Ritter von Schönerer* und seine „Los-von-Rom-Bewegung“ vor allem unter Akademikern und in bürgerlich-liberalen Schichten viele Anhänger gewann. „Ohne Juda, ohne Rom bauen wir Germaniens Dom“, lautete damals, in der „guten, alten Zeit“ der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, der Kampfruf der Antiklerikalen, die mit gleichem Fanatismus Antisemiten waren, und deren fortwirkender Ungeist dafür sorgte, daß der Nationalsozialismus in Österreich in seinem Kampf gegen die Juden und gegen die katholische Kirche noch brutalere Züge erhielt als in Deutschland.

Aus dieser historischen Sicht könnte Haider's taktischer Winkelzug unter Umständen zu einer tieferliegenden Korrektur überkommener Vorstellungen in traditionell antiklerikal eingestellten bürgerlichen Schichten führen. Und nicht zum erstenmal würde es geschehen, daß Gott auch auf krummen Zeilen schreibt...

Die Absicht der FPÖ-Führung war es jedoch ganz gewiß nicht, einen geschichtsphilosophischen Diskurs zu beginnen. Ihr Ziel war es vielmehr offenkundig, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, zusätzliche Wählerschichten anzusprechen. Und dieses Ziel hat sie voll erreicht. Denn Zeitungen, Radio und Fernsehen gingen über von Berichten über die neueste Volte Haider's. Damit ist wohl schon der Wahlkampf für die nächsten Parlamentswahlen im Jahr 1999 eröffnet, bei denen Haider seine wiederholten Ankündigungen wahr machen und so starke Stimmengewinne erzielen will, daß er endlich Bundeskanzler werden kann. Noch vor wenigen Jahren empfand man diese seine Voraussagen eher als Scherz. Jetzt wird aber eine solche Entwicklung selbst von eingefleischten Gegnern Haider's nicht mehr ausgeschlossen, wenn ihm wirklich weitere Einbrüche in traditionelle Wählerschichten der SPÖ und ÖVP gelingen sollten. Der Frontalangriff mit dieser strategischen Stoßrichtung hat jedenfalls schon begonnen.

### Bischof Krenn wittert wieder Morgenluft

Ein alter Alliierte von Haider in der Hierarchie meldete sich umgehend zu Wort: Der St. Pöltener Diözesanbischof *Kurt Krenn*, der schon in all den Jahren zuvor jede Gelegenheit nützte, um freundliche Worte für den sonst so geschmähten Jörg Haider zu finden. Jetzt begrüßte er ausdrücklich die Annäherung von FPÖ und katholischer Kirche und ergänzte geheimnisvoll, Haider habe viel mehr Bischöfe hinter sich als viele meinten. Dieser unbeweisbaren Behauptung, die nicht sehr viel Wahrscheinlichkeit besitzt, widersprach umgehend der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, und zwar als Vorsitzender der Österreichischen Bi-

schöfskonferenz. Weber erklärte, die von Krenn festgestellte Nähe zur FPÖ sei nicht Linie der Kirche, die sich im übrigen von keiner Partei umarmen lasse. Bemerkenswerterweise schloß sich der Vorarlberger Diözesanbischof *Klaus Küng*, der sonst eher dem ideologischen Kurs von Kurt Krenn nahesteht, der Kritik Webers an: Das Wort „christlich“ in einem Parteiprogramm sei zu wenig.

Der Bischof von St. Pölten gab jedoch nicht auf. In einem langen Interview mit einem Boulevard-Magazin stellte Krenn einmal mehr klar, daß die Bischofskonferenz für ihn aus 16 „autarken“ Oberhirten besteht, in der ohne Einstimmigkeit gar nichts läuft. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz könne daher nur etwas behaupten oder vortragen, wenn er sich zuvor der Meinung aller vergewissert habe. Das sei jedoch im vorliegenden Fall nicht geschehen. Darüber hinaus wagte Krenn einen reichlich kühnen Vergleich: Er stellte eine Parallele zwischen sich und Haider mit Kardinal *Franz König* und Bundeskanzler *Bruno Kreisky* in den siebziger Jahren her, die „ja auch ein Stück des Weges gemeinsam gegangen sind“.

Damit wollte der Bischof von St. Pölten wohl ausdrücken, so wie es Kardinal König in den siebziger Jahren gelungen ist, nach Jahren des Bürgerkrieges und der haßerfüllten Feindschaft ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Sozialdemokratie in Österreich herzustellen, so habe er, Krenn, eine neue Ära in den Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem national-liberalen Lager eingeleitet. Daß eine Flut von Protesten diese Aussagen bestreitet, bereitet Bischof Krenn offenbar eine Art Hochgefühl: Nach vielen Monaten des Schweigens und der Zurückhaltung sieht sich der Bischof von St. Pölten nun endlich wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung.

Mit Worten, die den ganzen Widersinn der Situation am klarsten aufzeigen, meldete sich in der Auseinandersetzung der Innsbrucker Bischof *Reinhold Stecher* zu Wort, der schon demnächst aus Altersgründen von seinem Amt abgelöst wird. Stecher verteidigte die in Österreich seit dem „Mariazeller Manifest“ 1952 üblich gewordene Tradition der katholischen Kirche, eine Distanz zu allen Parteien einzuhalten, und die mahnende Haltung von Bischof *Johann Weber*: „Ich will von niemandem als ein Bischof gesehen werden, der zumindest unterm Rockaufschlag ein Parteiabzeichen trägt.“ Besonders prägnant fiel dann Stecher's Warnung vor dem krassen Beispiel in Frankreich aus, wo beim ersten Wahlerfolg des rechtsextrem und antisemitisch agierenden Politikers *Jean-Marie Le Pen* der Traditionalistenbischof *Marcel Lefebvre* einen Festgottesdienst zelebrierte und damit eine „Demonstration eines Kirchenbildes von gestern gab“.

Auf diese Weise ist der interne Richtungskampf in der katholischen Kirche von Österreich neuerlich in Gang geraten, nachdem es in letzter Zeit zu einer Stabilisierung der Lage gekommen war. Wichtiges Indiz für die Beruhigung der Situation ist der bemerkenswerte Rückgang der Zahl der Kirchengaustritte, die allein in der Erzdiözese Wien von 20487 Austritten im Jahr 1995 auf 16167 im Jahr 1996 gesunken ist.

Insgesamt sind die Kirchengaustritte in Österreich von etwa 42 000 im Jahr 1995 auf rund 36 000 im Jahr 1996 gefallen, was freilich noch immer schlimm genug ist.

Als hauptsächliche Ursachen dieser Beruhigung ist einerseits das ausgleichende Wirken des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Johann Weber, andererseits die integrative Kraft des vor zwei Jahren ernannten Erzbischofs von Wien, *Christoph Schönborn*, zu nennen. Beide Bischöfe steuern miteinander einen behutsamen Kurs der kirchlichen Erneuerung. Dadurch ist es gelungen, mit der „Wallfahrt der Vielfalt“ ein Zeichen der Ermutigung zu geben, und auch nicht wenige Unterzeichner des Kirchenvolksbegehrens miteinzubinden. Bei der Bischofskonferenz gelang es sogar, einen gesamtösterreichischen Delegiertentag im Jahr 1998 endgültig durchzusetzen, nachdem die zahlenmäßig kleine „Status-quo-Fraktion“ in der Konferenz jeden Vorschlag für einen gesamtösterreichischen Gesprächsprozeß lange blockiert hatte.

---

## Das Salzburger Diözesanforum als Hoffnungszeichen

---

Die Inhalte des Delegiertentages, der in einen „Dialog für Österreich“ eingebunden werden soll, sind freilich noch äußerst vage. Und die „Bremser“ in der Bischofskonferenz legen weiterhin gegen jede Ermächtigung dieses Delegiertentages, Beschlüsse zu fassen, ihr Veto ein. Immerhin mutet es wie ein Wunder an, daß wenigstens diese Fortschritte erzielt werden konnten, die Österreichs größte Illustrierte zur Schlagzeile beflügelten: „Kirche in Österreich vor der Auferstehung?“ Im Untertitel der gewiß nicht kirchennahen Publikation hieß es dann: „Die Bischöfe Weber, Schönborn und Kapellari haben die Kirche nach der Affäre Groer wieder auf Sanierungskurs gebracht.“ Das entspricht ziemlich präzise der innerkirchlichen Stimmungslage, die freilich noch nicht in eine Aufbruchstimmung umgeschlagen ist. Dafür ist einfach noch zu wenig erreicht worden.

Immerhin, eine gewisse Stabilisierung ist zu registrieren. Einen Beitrag dazu leistete zweifellos auch der psychologische Erfolg des *Salzburger Diözesanforums*. Dieses Forum wurde im Jänner 1994 vom Salzburger Pastoralrat gemeinsam mit Erzbischof *Georg Eder* beschlossen. In einem Brief an alle Haushalte lud der Erzbischof alle Menschen guten Willens ein, sich an dem Diözesanforum zu beteiligen. 11 500 Personen brachten daraufhin ihre Wünsche und Anregungen ein. Nach Auswertung aller Einsendungen wurden im Jänner 1995 sechs Schwerpunktthemen formuliert: Kirche in der Mediengesellschaft – Kirche im Dienst an den Menschen – Ehe und Familie – Pfarrgemeinden, Ämter und Dienste – Sakramente mit Schwerpunkt Taufe, Firmung, Eucharistie und Buße – Wie heute Gott zur Sprache bringen? Sechs Teilkommissionen bearbeiteten die Einsendungen dazu, und jede Kommission versuchte, die Anliegen der Basis samt möglichen Antworten und Lösungsversuchen darzustellen. Den Vorlagen wurden auch die Positionen des Erzbischofs beigelegt.

Alle diese Texte sind im Herbst 1995 veröffentlicht worden. 570 Basisgruppen mit 4000 Mitarbeitern überarbeiteten bis Ostern 1996 alle diese Vorlagen und reichten ihre Abänderungsvorschläge ein. Im Mai/Juni 1996 fand zu jedem der sechs Schwerpunktthemen ein Plenartag statt, bei dem Delegierte der Basisgruppen zusammen mit ihrer Teilkommission Anträge an den Diözesanrat erarbeiteten.

524 Delegierte versammelten sich schließlich im Herbst 1996 zur Vollversammlung des Diözesanforums, dem Diözesanrat. In teilweise sehr heftigen Debatten wurden die Anträge diskutiert und dann abgestimmt. Dabei überraschte gerade bei sensiblen Themen das Ausmaß der Stimmenergebnisse. So ermutigte z. B. das Diözesanforum mit 177 gegen 16 Stimmen die Eheleute, ihre Entscheidung hinsichtlich der Elternschaft „im Angesicht Gottes letztlich selbst zu fällen“. Mit 127 gegen 76 Stimmen sprach sich das Diözesanforum für die weitestgehende Teilnahme der Wiederverheirateten am vollen Leben der Pfarrgemeinden aus. Mit 156 gegen 32 Stimmen wurde dafür votiert, den Priestern die Wahl zwischen Ehe und Zölibat freizustellen. 139 gegen 51 Stimmen sprachen sich schließlich für die Wahl des Diözesanbischofs für die Dauer von 10 Jahren aus.

Im Februar 1997 promulierte Erzbischof Eder viele Anträge als Artikel des Diözesanrechtes. Kritische Anträge wie die oben zitierten änderte der Bischof zum Teil ab, oder sie wurden mit dem Vermerk versehen, daß die vorgelegten Wünsche über die Vollmacht des Bischofs hinausgehen und die Ordnung der Gesamtkirche betreffen. Sie sollen, wie es im Verordnungsblatt der Erzdiözese Salzburg heißt, beim nächsten Ad-limina-Besuch der österreichischen Bischöfe, der erst kürzlich auf das Jahr 1998 verschoben worden ist, mit den zuständigen Organen der römischen Kurie erörtert werden.

Die meisten Delegierten, die so deutlich ihre Wünsche artikuliert hatten, waren mit dem Verhalten des Erzbischofs nicht unzufrieden, wenn sie auch die Änderung der Antrags-texte als überflüssig empfanden. Sie hatten aber durchaus Verständnis dafür, daß der Erzbischof nicht alle Anträge akzeptieren konnte, und waren dankbar dafür, daß die freie Debatte und Abstimmung im Diözesanforum in keiner Weise behindert worden war und der Erzbischof sich in den Diskussionen mit großer Offenheit einbrachte.

So kam es am Abschlußtag des Salzburger Diözesanforums zu einem denkwürdigen Ereignis: Erzbischof Eder, der in den vergangenen Jahren immer wieder in Konflikte mit diözesanen Gruppen und Gremien hineingeraten war, wurde mit „standing ovations“ gefeiert, was ihn zutiefst beeindruckte und rührte. Diese Erfahrung hat den Salzburger Erzbischof offenbar dazu bewogen, sich den Vorschlägen für einen gesamtösterreichischen Gesprächsprozeß nicht mehr so intransigent zu widersetzen wie seine Amtskollegen Krenn und Küng. Auch von dieser Seite her ist somit eine gewisse Auflockerung der innerkirchlichen Fronten in Österreich zu beobachten, und es ist nur zu hoffen, daß die politisch motivierten Streitpunkte der letzten Zeit nicht zu einer neuen zusätzlichen Verhärtung führen. *Fritz Csoklich*